

Freiwilligkeit allein genügt nicht

Abstimmung 15. Mai Umweltverbände unterstützen das «konsequentere» Energiegesetz

VON BRUNO UTZ

Die Umweltverbände WWF, Pro Natura, Greenpeace und die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie (sses) wollen am 15. Mai dem Energiegesetz gemäss der Regierung zum Durchbruch verhelfen: «Der Gebäudeenergieausweis der Kantone (Geak) und die gesicherten Förderbeiträge helfen entscheidend mit, den CO₂-Ausstoss zu senken», sagte gestern vor den Medien Nadine Masshardt.

Die Co-Präsidentin des WWF Kanton Bern und SP-Grossrätin verwies auf den Klimawandel. Bis ins Jahr 2050 sei mit einer Erwärmung um 2 Grad Celsius im Winter und 2,5 Grad im Sommer zu rechnen. «In der Schweiz und auch im Kanton Bern zeigen sich die Folgen vorab im Gletscherschwund und in zunehmenden und verheerenden Wetterextremen», so Masshardt. Das revidierte Energiegesetz fördere die erneuerbaren Energien. «Und zentral ist zudem der Fokus auf sparsame und effiziente Energienutzung.»

Freiwilligkeit, wie im Volksvorschlag bezüglich dem Geak vorgesehen, reiche nicht, um die Klimaerwärmung zu stoppen. Das neue Energiegesetz verschaffe dem Kanton Handlungsspielraum. «Er kann neu Finanzhilfen von 5000 bis 250 000 Franken pro saniertes Gebäude gewähren.» Das über die Förderabgabe auf Strom erhobene Geld fliesse direkt in die einheimische Wirtschaft. Masshardt: «So profitieren neben den Hausbesitzern und der Umwelt das lokale Gewerbe am stärksten.»

Heizöl ist zu billig

Laut Patrick Hofstetter, Klima- und Energieexperte des WWF, müsste die aktuelle Sanierungsrate der rund 220 000 Wohngebäude auf Kantonsgebiet auf jährlich mindestens drei Prozent verdreifacht werden. Das Energiegesetz sei eine gute Hilfe dazu. «Gute Sanierungen können die Emissionen um 65 bis 100 Prozent



Erläutern ihre Argumente (v. l.): Nadine Masshardt, Patrick Hofstetter, Beatrix May und Marc Jost.

UZ

senken.» Billiges Heizöl habe jahrelang eine gut gedämmte Gebäudehülle wenig attraktiv gemacht. Das Hauptproblem sei jedoch das fehlen-

«Der Kanton kann neu Finanzhilfen von 5000 bis 250 000 Franken gewähren.»

Nadine Masshardt, WWF Bern

de Wissen bei den Hausbesitzern, den Architekten und den Handwerkern. Hofstetter: «Und man sieht es den Häusern von aussen nicht an, wie gut oder schlecht sie energetisch sind.»

Der im Energiegesetz für die Hausbesitzer obligatorisch vorgesehene Geak schaffe Transparenz, sagte Beatrix May, die früher als Energieberaterin der Stadt Bern tätig war und heute in dieser Sparte selbstständig ist.

«Ob beim Kauf eines Hauses, einer Wohnung oder beim Bezug eines Mietobjekts: Der Geak hilft, dass man nicht die Katze im Sack erwirbt.» Die zu erwartenden Energiekosten und der Sanierungsbedarf könnten damit einfach vorausgesagt werden. Der obligatorische Geak sei ein erprobtes und wichtiges Instrument der Energiepolitik, verwies May auf entsprechende Vorschriften in verschiedenen europäischen Ländern. «In Dänemark und Deutschland konnte bei Häusern mit Energieaus-

weis eine Sanierungsrate zwischen 120 und 30 Prozent innerhalb von drei Jahren nachgewiesen werden», sagte May.

Kreuzchen beim Energiegesetz

Mit der Förderabgabe von 0,5 bis 1 Rappen pro Kilowattstunde Strom werde niemand in seiner Existenz bedroht, sagte EVP-Grossrat Marc Jost. Pro Haushalt koste sie gerade mal 17 bis 34 Franken jährlich.

Der Volksvorschlag sei zwar besser als das geltende Gesetz, aber unausgewogen. Trotzdem empfehlen die Umweltverbände auch zum Volksvorschlag ein Ja, bei der Stichfrage sei jedoch das Kreuzchen beim «konsequenteren» Energiegesetz zu machen.

Ab Juni verlangt Bern mehr fürs Parkieren

Bern Ab Juni kostet das Parkieren in der Stadt Bern mehr. Aber nicht überall.

VON BRUNO UTZ

Rund 2700 gebührenpflichtige Parkplätze werden derzeit in der Stadt Bern bewirtschaftet. Eine Stunde Parkzeit kostet zwei Franken pro Stunde, auf Park+Ride-Plätzen die Hälfte. Die Parkiertarife sind laut einer Mitteilung der Stadt von gestern seit dem Jahr 2000 nie verändert wor-

den. «Nun hat der Gemeinderat beschlossen, die Tarife der seither aufgelaufenen Teuerung anzupassen.» Die um zehn Prozent angehobenen neuen Tarife gelten ab Anfang Juni 2011. Wo das Parkieren bisher zwei Franken kostete, wird es somit künftig Fr. 2.20 kosten.

«Betroffen sind nur die Parkplätze mit Parkuhren», erklärte Gemeinderätin Regula Rytz (Grüne) auf Anfrage. Nicht betroffen vom Aufschlag seien die verschiedenen Parkkarten und die Parkhäuser. Rytz weiter: «Letztere werden von separaten Ge-

sellschaften betrieben. Und diese sind in der Tarifgestaltung autonom.» Auf Anfrage sagte denn auch Philipp Gehri vom Rathausparking: «Bei uns sind Tarifanpassungen derzeit kein Thema.» Per Anfang 2011 seien die Preise für Dauermieter angepasst worden. «Wir haben dabei aber lediglich die höhere Mehrwertsteuer überwälzt.»

4 Millionen Franken Gebühren

Wie die Stadt in ihrer Mitteilung weiter schreibt, betrug im Jahr 2010 die Einnahmen aus den Parkier-

gebühren rund 3,6 Millionen Franken. Sofern sich das Parkierverhalten nicht ändere, werde die Stadt somit jährlich rund 360 000 Franken zusätzlich einnehmen. Die Mehreinnahmen seien im Voranschlag 2011 bereits enthalten.

An den 39 zentralen Parkuhren und den 230 Sammelparkuhren der Stadt Bern sind wegen der neuen Tarife Anpassungen notwendig. Die Kosten dafür belaufen sich auf insgesamt 35 000 Franken. Davon entfallen 12 000 Franken auf Eigenleistungen des Tiefbauamts. (UZ)

Zeltlager vor BKW-Hauptsitz ist illegal – Nause setzt auf Dialog

Atomstreit Seit Dienstag campieren Gegner des AKW Mühleberg auf einem Rasenstück der Stadt vor dem Hauptsitz der BKW beim Viktoriaplatz. Einige der Zelt demonstrieren kündigten an, sie wollten bleiben, bis «Mühleberg» abgeschaltet ist. Gestern erhielten sie Besuch von Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP): «Ich erklärte ihnen, dass das Camp nicht bewilligt und somit illegal ist», sagte Nause auf Anfrage. Er setze jedoch weiterhin auf Dialog. Ansprechpartner seitens der Demonstranten seien vorhanden.

«Sie mussten mir zusichern, dass weder der Betrieb der BKW, noch deren Mitarbeitende und auch keine Besucher auf irgendeine Art belästigt werden dürfen.» Der eingefriedete

Rasen direkt beim BKW-Sitz dürfe nicht betreten werden. Auch Verkehrsbehinderungen, Lärm oder andere negative Aktivitäten würden nicht hingenommen. Ebenfalls erwarte er, dass der Abfall von den Demonstranten beseitigt wird. «Zudem sagte ich den Leuten, das ich einen absehbaren Endtermin erwarte», so Nause weiter. Laut dem Sicherheitsdirektor waren gestern Nachmittag etwa 12 bis 15 Zelte auf dem Platz.

Schon länger finden vor dem BKW-Hauptsitz Protestpicknicks statt. Das vierte Picknick «Mühleberg stilllegen» findet am nächsten Dienstag, 12. April, um 12 Uhr statt. Laut Facebook wird der Berner Rapper Greis auftreten. (UZ)

Provisorium für Stadtnomaden

Bern Die Stadt Bern hat sich noch nicht entschieden, wo alternative Wohngruppen wie die Stadtnomaden oder die Stadtauben langfristig ein Aufenthaltsrecht erhalten sollen. Deshalb hat sie nun ein Baugesuch für ein Provisorium bei der ARA Region Bern eingereicht. Voraussichtlich Ende Jahr ist laut einer Mitteilung der städtischen Präsidialdirektion das Grundstück bei der Neubrücke über die Aare nach Bremgarten bezugsbereit. Bis maximal 2014 soll es dann für alternative Wohngruppen zur Verfügung stehen. Als Begründung für das Baugesuch, das die Stadtbauten beim Regierungsstatthalteramt eingereicht haben, heisst es, es gebe immer weniger geeignete Standplätze. So fallen etwa die Areale im Schermen und die sogenannte Wankdorfcity wegen Bau-

vorhaben weg. Deshalb kann die Stadt solche Areale nicht mehr gemäss dem 2009 vereinbarten Rotationsprinzip vergeben, das Landbesetzungen verhindern sollte.

Die Stadt Bern möchte für alternative Wohngruppen langfristig eine eigene Zone schaffen. Diese Absicht bestehe nach wie vor, sagte gestern auf Anfrage Laszlo Litzko vom Stadtplanungsamt. Doch dauere die Evaluation der vier möglichen Standorte – unter ihnen auch das Gelände bei der Neubrücke – nach wie vor an.

Bei der Vereinigung Bern Aktiv kommt die Lösung «Neubrücke» schlecht an. Damit schiebe die Stadt die Probleme mit der Hüttensiedlung lediglich auf die benachbarten Gemeinden Herrenschwand und Bremgarten ab. (SDA, UZ)

Zwischenruf

Viel Wind ums Energiegesetz

Das neue bernische Energiegesetz, das am 15. Mai zur Abstimmung kommt, sorgt derzeit für starke Windböen: Ob Einzelpolitiker, Lobbyisten, Parteien, Regierungsrat oder Umwelt- und Wirtschaftsverbände, alle wollen die nach Fukushima aufgebrochenen Sorgen und Ängste für ihre eigene Profilierung nutzen. Medienkonferenzen jagen sich: Gestern war die Reihe an den Umweltverbänden. Heute Morgen um 8.30 Uhr informiert das Komitee um den kantonalen Hauseigentümerversand (HEV), das den Volksvorschlag «ohne Zwangsgebäudeenergieausweis und Stromsteuer» lanciert hat. Und anderthalb Stunden später wird Energiedirektorin Barbara Egger erklären, weshalb der rot-grün dominierte Regierungsrat das Energiegesetz mit Energieausweis und Förderabgabe will. Am Montag gehts weiter mit dem Mieterverband und dem Hausverein Bern – er ist das «linke» Gegenstück zum HEV. Am Dienstag dann begründet die SVP öffentlich ihr uneingeschränktes Ja zum Volksvorschlag. Und am Mittwoch diskutieren die Delegierten der FDP Kanton darüber, ob sie ihre im November 2010, also lange vor «Japan» und der darauf von der FDP Schweiz angekündigten Kehrtwende in der AKW-Politik, gefasste Parole korrigieren sollen. «Noch vor Ostern» wollen auch die Grünliberalen verkünden, was sie gestern beim Anlass der Umweltverbände noch nicht sagen wollten: Die auf der Einladung der Umweltverbände als Referent aufgeführte GLP-Co-Präsidentin und Grossrätin Franziska Schöni-Affolter verzichtete kurzfristig auf ihren Auftritt.

Wahrlich, wenn mit dem von all den erwähnten Akteuren derzeit gemachten «Wind» Strom erzeugt werden könnte, könnte man «Mühleberg» bereits glatt abschalten. (UZ)

Nachrichten

Monible Gemeinderäte weg, Verwalter ist nötig

Die bernjurassische Mini-Gemeinde Monible (40 Einwohner) hat seit dem 1. April keinen Gemeinderat mehr. Deshalb hat der Regierungsrat nun einen ausserordentlichen Verwalter eingesetzt. Mit dieser Aufgabe betraut hat die Kantonsregierung laut einer Mitteilung Daniel Schaer, einen früheren Gemeindepräsidenten von Reconvilier. Er erhält auch die Aufgabe, so rasch wie möglich eine neue Wahl zu organisieren. Schaer bleibt im Amt, bis die neue Exekutive ihre Arbeit aufnimmt. Der Gemeinderat von Monible besteht aus drei Personen. Einer trat Ende 2010 zurück, die beiden anderen demissionierten auf Ende März 2011. Zwar wurden am 15. März an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung zwei Personen zu Gemeinderäten gewählt und in Monible herrscht Amtszwang. Doch lehnten sie die beiden Nominierungen ab und nahmen das Amt ab und der Gemeinderat – als es ihn noch gab – akzeptierte als ausreichend begründet. (SDA)